

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

204 (25.7.1919) Erstes und Zweites Blatt

Leserpreis:
In Karlsruhe frei ins
Haus geliefert monatlich
1,80 Mk., vierteljährlich
5,70 Mk., an
den Ausgabestellen ab-
gekauft monatlich 1,80 Mk.,
vierteljährlich 5,70 Mk.,
einmalig 10 Mk.

Berlin, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mittelstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
die Geogr. Anzeigen-
stelle oder deren Raum
25 Nr. 1, Postfach 100, an
erh. Stelle 1,20 Mk.
Auf diese Stelle
30% Feuerungszulage
Rabat nach Tarif.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags,
feinere Anzeigen bis
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechnummer:
Geschäftsstelle Nr. 206,
Berlin Nr. 207,
Schriftleitung Nr. 20 n. 894.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Herausgeber: Gustav Kappert, verantwortlich für Politik: Martin Solinger, für Baden, Vokales und Volksrecht: Heinrich Gerhardt, für Besondere: Carl Seifemeyer, für Inserate: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. S. Müller & Co. in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Larisch, Friedenau, Prenzlauer Berg 68/69, Telephon 10100. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfäuler übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abdruckung erlaubt, wenn Vorio bezeichnet ist.

116. Jahrg. Nr. 204.

Freitag, den 25. Juli 1919

Erstes Blatt.

Ein neuer Balkan-Bund?

Die englische Presse bringt neuerdings mehrfach Andeutungen über einen in der Bildung begriffenen neuen Balkan-Bund. Die treibende Kraft bei dem Bestreben, die Balkan-Staaten und die neu entstandenen kleinen östlichen Staaten zu einem Bunde zusammenzuschließen, soll Rumänien sein. Man geht dabei anscheinend von dem Gedanken aus, daß Rumänien infolge seiner Lage, mitten zwischen ihm nur feindlich gesonnenen Staaten, gezwungen wäre, um neue kriegerische Verwickelungen zu vermeiden, einen Zusammenschluß herbeizuführen, der einen Ausgleich über die wirtschaftlichen und politischen Gebiete vielfach widerstreitender Interessen ermöglicht. Außerdem aber nimmt man an, daß Rumänien mit diesem Staatenbunde das Ziel verfolgt, auf der Friedenskonferenz eine einflussreichere Stellung zu gewinnen, als die Großmächte ihm bisher eingeräumt haben.

Es ist zu erwarten, daß Rumäniens Lage in Zukunft wenig gefährdet wäre, wenn die Gegenseite bestehen bliebe, die durch den Friedensvertrag unvermeidlich herbeigeführt werden. Russland nach, nach endlicher Überwindung des bolschewistischen Regimes, den Verlust von Gebirgen wohl schwer empfinden. Der Besitz von Siebenbürgen wird auch die Herstellung normaler Beziehungen zu Ungarn außerordentlich erschweren. Außerdem wird fern der Lösung der Banat-Frage, die ja nur in einer Teilung bestehen kann, zwischen den einstigen Verbündeten freundschaftliche Beziehungen sehr schwer aufkommen lassen. Und schließlich kann Bulgarien den Gebietsverlust, den ihm doch der Frieden von Bukarest im Jahre 1913 durch den unblutigen Sieg der Rumänen brachte, nicht verschmerzen. Daß der Völkerbund in der Lage sein wird, neue kriegerische Verwickelungen im Südosten Europas, dem Wetterswinkel früherer Jahrzehnte, zu verhindern, glaubt man ja weder in Rumänien noch in England, denn sonst würde die englische Presse nicht der Gründung eines neuen Balkan-Bundes so eifrig das Wort reden. Nach dem Willen des Schöpfers des Völkerbundes dürfte ja ein Sonderbund, wie der Balkan-Bund es wäre, überhaupt nicht in Frage kommen.

Zunächst scheint in Rumänien durchaus keine Neigung für eine derartige Gründung zu bestehen. Das Blatt „Rumanie“, das die rumänischen Interessen in Paris vertritt, beschäftigt sich mit den englischen Verträgen über die geplante Gründung eines Balkan-Bundes und berichtet mit größter Entschiedenheit, daß in Rumänien derartige Neigungen vorhanden wären. Bei der Erörterung einer Sonderfrage auf der Friedenskonferenz hätten allerdings die Vertreter Rumäniens, Polens, Serbiens, Griechenlands und Tschechiens gemeinsame Beratungen gepflogen, und hieraus ist vermutlich der Gedanke eines Bündnisses dieser fünf Staaten entstanden. Die englische Presse irrte aber durchaus, wenn sie nun annähme, daß man sich in Rumänien mit dieser Frage überhaupt beschäftigt hat. Zwar habe der rumänische Politiker Tade Jonescu gelegentlich von den „Vereinigten Staaten des östlichen Europa“ gesprochen, die auf Grund einer Bevölkerung von 80 Millionen Anspruch erheben dürften, als Großmacht im Rate der Friedenskonferenz betrachtet zu werden. Die Anregung wäre ganz gut gemeint, aber leider unausführbar, denn die Gegenseite zwischen den einzelnen Staaten, die hier zu einem Bunde vereinigt werden sollten, seien viel zu groß.

Diese grundsätzliche und schroffe Ablehnung des Gedankens eines neuen Balkan-Bundes dürfte also, so weit Rumänien in Betracht kommt, in erster Linie wohl darauf zurückzuführen sein, daß sich das vorgeschlagene Bündnis gegen Bulgarien richten würde. Gut unterrichtete Politiker wollen wissen, daß man in Bukarest großen Wert auf die Wiederherstellung guter Beziehungen zu Bulgarien legt. Aus diesem Grunde soll auch Rumänien durchaus geneigt sein, das im Jahre 1913 von Bulgarien gewonnene Gebiet wieder abzutreten. Trifft diese Annahme zu, dann muß Rumänien zurzeit ganz besondere Gründe für die Ausöhnung mit dem bisherigen Gegner haben. Es hat so gar den Anschein, als ob man in Bukarest ein Bündnis mit Bulgarien für ein geeigneteres Mittel zur Sicherung der exponierten Lage Rumäniens erblickt, als einen Bund, an dem ein Staat, Serbien, mit beteiligt ist, der Rumänien um einen der wertvollsten Teile der erhofften Kriegsbente an bringen beabsichtigt ist.

Revolution in Kroatien?

(Eigener Drahtbericht.)

Zurück, 24. Juli. Das Unarische Corr.-Büro erhält von verschiedenen Orten der Demarkationslinie Meldungen über den Ausbruch der Revolution in Kroatien. Die Serben versuchen, die kroatischen Revolutionäre durch Militär niederzuschlagen. In mehreren Orten kam es zu Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten. Weitere Meldungen betonen, daß kroatische Soldaten in verschiedenen Städten die selbständige kroatische Republik auszurufen und für die unarische Räte-

regierung demonstriert hätten. Stellenweise haben die Kroaten die Demarkationslinie überschritten und sich mit den roten Soldaten verbrüder.

Demission des türkischen Kabinetts.

Konstantinobel, 24. Juli. (Sabas.) Der Großwesir hat die Demissionen des Kabinetts überreicht. Abd Scherif Pascha wurde mit der Neubildung beauftragt. Mit Ausnahme von

Planwirtschaft und Landarbeiterstreik.

G. Von unserem Weimarer Vertreter wird uns gedruckt:

Die große politische Aussprache am Mittwoch über die Ministerreden ist getrennt nur durch eine Verteidigungs- und Agitationsrede des Mehrheitssozialdemokraten Krätzig eingeleitet worden. Sie konnte zwanglos verbunden werden mit der Besprechung der beiden Interpellationen der Reichtsparteien über die zunächst nun in der Vertretung verschwindende Wirtschaftswirtschaft und die Landarbeiterstreiks. Der Hamburger Abgeordnete Wittboeck wollte aber wohl nicht das tote Wirtschaftswirtschaftsprojekt noch einmal totschlagen, sondern der Regierung die Absichten und Wünsche der jetzt vor gemaltigen nationalen Aufgaben stehenden deutschen Kaufmannschaft mit dem Gewicht seiner zweifellosen Sachverständnisse vortragen. Er betonte, daß gerade der freie Handel der beste Regulator für die Preisbildung und auch das beste Kräftigungsmittel für die Valuta sei. Vor allem müßten sämtliche Beschränkungen des Außenhandels fallen. Reichsminister Schmidt, der jetzt die Wirtschaftswirtschaft und Ernährungspolitik einheitlich leitet, erwiderte nicht ganz präzise. Man wird es auch schließlich begreifen finden, wenn er sich für seine Maßnahmen für die nächste Zeit eine gewisse Elastizität vorbehält. Befällig wurde sein Versprechen aufgenommen, nach Möglichkeit die Einfuhr von Rohstoffen zu begünstigen. Ueber unsere Ernährungsaussichten in den nächsten Monaten sprach er sich aber doch wohl zu optimistisch aus. Zum mindesten hätte er seine Mahnung an die Arbeiter, von den selbstmörderischen Streiks abzulassen, was doch die Vorbedingung für jede wirtschaftliche Besserung ist, etwas energischer fassen können. Auch sein Kollege, der Reichsarbeitsminister Schilde, war in seiner Verurteilung des Landarbeiterstreiks wohl etwas zu parteibefangen. Zwar hatte die Tonart einiger Interpellationsredner ihn zu einer Zurückweisung des rein agrarischen Standpunktes — man kann sagen — gezwungen, aber bei der ungenügenden Tragweite der Landarbeiterbewegung und der ungewissen Zukunft später auch von Krätzig unterrichtenden Einwirkung der unabhängigen und spartakistischen Agitation wäre doch ein festeres Auftreten der Regierung sehr zu wünschen gewesen. Praktisch betonte er so nur die Notwendigkeit eines besseren Ausbaus der Tarifverträge.

Doktrinär und dazu ganz und gar nicht neu waren darauf, wie schon erwähnt, die allgemeinen Angriffe des Mehrheitssozialisten Krätzig gegen das kapitalistische System, während doch der sozialdemokratische Minister Schmidt kurz vorher zugegeben hatte, daß sich die kapitalistischen Interessen bei dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft nicht einfach ausschalten lassen. Größeren Eindruck machten denn auch nur seine Hinweise auf die Kriegsspannung des Kapitalismus, dessen schlimme Ueberproduktion ja heute auch von nichtsozialistischer Seite eingesehen wird.

Erzbergers Verteidigung.

(Eigener Drahtbericht.)

f. Weimar, 24. Juli. An unterrichteten Kreisen verlautet, Reichsfinanzminister Erzberger werde sehr bald, vielleicht schon morgen seine Verteidigung an den schmerzhaften Anarische, die Herrschaft und aufrecht aus der früheren deutsche Volksdiktatur in Wien. Graf Welbel, gegen ihn erhoben haben, beannten und gegen seine Anreifer mit schweren eigenen Sieben losachen. An Erwartung dieser Rechtfertigung Erzbergers muß man allen Gerichten einer Erzbergerkritik acemieren sehr vorsichtig sein.

Eingung über die Reichssteuergehe.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Stuttgart, 24. Juli. Wie aus zuverlässiger Quelle bezeugt, ist zwischen dem Reichsfinanzminister Erzberger und den süddeutschen Finanzministern in der Frage der Anarische der Reichssteuergehe eine Einigung erzielt worden.

Reichswahlgesetz.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Weimar, 24. Juli. Wie wir hören, sollen die geplanten Bestimmungen über die verschiedenen politischen Wahlen in einem Reichswahlgesetz zusammengefaßt werden. Mit dieser Frage hat sich bereits ein Austausch des Verfassungsausschusses beschäftigt. Zusammengefaßt werden sollen das Wahlrecht und der Wahlmodus für die Wahl der Reichstagsabgeordneten, für die Wahl des Präsidenten und den Volksentscheid. Im allgemeinen war in dem Austausch, wie wir weiter hören, die Ansicht hervorwiegend, daß am besten eine unmittelbare Verhältniswahl bestimmt wird. Die Parteileitungen sollen womöglich gar keinen Einfluß auf die Ernennung des Kandidaten haben. Man hat dabei ermoant, das in

Wesfil Pascha und Naaci Pascha sind die Minister ohne Portefeuille aus dem Ministerium verschwunden. Der Scheit ul Nizam und die Minister der Finanzen, des Unterrichts und frommen Stimmungen behalten ihre Portefeuilles ebenso die librischen Minister: Krizic, Naaim Pascha, Marine, Saill Pascha, Nuffia; Mutabba bei. Öffentliche Arbeiten: General Abul Pascha, Anneres: Adil bei.

Baden bestehende sogenannte automatische Wahlen zu abzuleiten, doch ist auch hier noch kein fester Beschluß gefaßt worden.

Lebensmittellieferungen für Deutschland.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Weimar, 24. Juli. Das Reichsernährungsministerium hat im Auslande eine Reihe von Käufen abgeschlossen, um der Ernährungssnot zu steuern. Der Ankauf früherer Mengen nicht aber immer noch auf Schwierigkeiten, da das Ausland ohne Devalua keine Abschlüsse macht. An Aussicht steht die Lieferung folgender bereits bezahlter Mengen: 140 000 Tonnen Wehl, 1600 Tonnen Weismehl, 1600 Tonnen Gerstemehl, 8000 Tonnen Weizen, 40 000 Tonnen Bohnen und Erbsen, 41 000 Tonnen Reis, 59 000 Tonnen Weizen und Speck, 500 000 Ruten londonerte Milch, dazu Palmkerne und Weizen für Marinarinefabrikation. Ferner sind aus dem Auslande für 135 Millionen Mark weitere Lebensmittel angeboten worden. Die Verhandlungen über die Finanzierungsfrage schweben noch.

Die Friedensdebatte im Unterhaus.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 24. Juli. Der Debatte in der Sitzung des englischen Unterhauses vom 21. Juli über den Friedensvertrag und die darauf folgende Rede Lord Georges ist folgende nachzutragen: Lord Georges (Arbeiterpartei) erklärte, die Gefühle eines großen Teiles der Arbeiterklasse gegenüber dem Vertrag seien in sehr bedauerlicher Weise in der Rede des Generala Smuts ausgedrückt worden. Er sagte: Ich habe den Friedensvertrag unterzeichnet, nicht weil ich ihn als ein befriedigendes Dokument angesehen habe, sondern weil es notwendig ist, den Krieg abzuschließen, weil die Welt vor dem Frieden braucht und die Folgen des jetzigen Krieges sehr verhängnisvoll wäre. Es wäre hochwichtig, den Vertrag in jeder Hinsicht allen jenen angepaßt zu machen, die durch ihn betroffen würden, um dadurch das Emporkommen jedes revolutionären Geistes zu verhindern, wie er sich in Frankreich nach dem Jahre 1870 entwickelt hat. Die Bestimmungen des Friedensvertrages würden von der Masse der Industriearbeiter mit großem Mißtrauen betrachtet werden, wenn nicht in zwei Punkten Klarheit geschaffen würde, nämlich in der Frage der Dienstpflicht und der Frage der Abstrichung.

Lord Robert Cecil (Konsolidationsunionist) sagte u. a.: Er betrachte den Friedensvertrag ebenso wie General Smuts als Liquidation des Kriegszustandes. Vom Völkerverbund müsse man die endgültige Ratifizierung des Friedensvertrages erwarten. Ferner wurde in der Sitzung angefragt, ob die Gründe Wilsons auch auf Irland anzuwenden werden dürfen. In Irland besteht jetzt eine Macht- und Willkürherrschaft. Die irische Frage habe aufgehört, ein rein innerpolitisches Problem zu sein. Man juche sie aber als solches zu behandeln. Alle freien Männer seien entsetzt über die Lage.

Lord George sagte über die Dienstfrage, er hoffe, daß es am Ende dieses Jahres oder spätestens zu Anfang nächsten Jahres möglich sein werde, sie zu klären, daß jedoch freiwillige Truppen aufgestellt werden seien, um den Bedürfnissen des britischen Reiches in allen Teilen der Welt zu genügen. Auch die Vereinigten Staaten hätten die Dienstpflicht und seien ebenso entschlossen wie England, ihr möglichst bald ein Ende zu machen.

Der irische Nationalist O' Connor gab seiner tiefsten Enttäuschung über Lord Georges Erklärung wegen Irlands Ausdruck.

Bezüglich des Vorschlages, den Kaiser in einem neutralen Land vor Gericht zu stellen, sagte Lord George wörtlich: Welches Recht haben wir, anzunehmen, daß ein neutrales Land zustimmen werde, die Szene für eine Verfolgung dieser Art zu sein? Wir haben keine Kontrolle über solche Länder. Sie waren nicht auf der Friedenskonferenz, sie waren nicht am Krieg beteiligt. Der Kaiser wäre niemals einem gerichtlichen Verfahren ausgesetzt worden, wenn dies den neutralen Ländern überlassen worden wäre. — Auf den Einwand, daß ein Gerichtsverfahren nicht notwendig sei, da die näheren Umstände und die Tatsache des Verbrechens ohnehin wohl bekannt seien, erwiderte Lord George: Wenn ein Verbrechen vorhanden sei, so sei es gerecht und eindeutiger, ein Gerichtsverfahren zu veranstalten, damit die ganze Angelegenheit auf das höhere Niveau des Völkerrechtes emporgehoben werde, was bei der Bestrafung durch einen Sieger ohne Gerichtsverfahren nicht der Fall sein würde.

Englands Ausfuhr.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 24. Juli. (Hoff.) Der Präsident des englischen Handelsrates, Sir A. Geddes, erklärte im Unterhaus in Antwortung einer Anfrage, daß die Einfuhr des vereinigten Königreichs in den mit dem Monat Mai 1919 endigenden 12 Monaten einen Wert von rund 1363 Millionen Pfund Sterling darstellte, während die Ausfuhr einen Wert von rund 826,8 Millionen Pfund Sterling betrage. Die Einfuhr der Vereinigten Staaten in derselben Zeit habe 538 Millionen Pfund Sterling betragen, die Ausfuhr hingegen 1415 Millionen Pfund Sterling. Geddes sprach die Befürchtung aus, daß es England schwer fallen würde, seine Ausfuhr zu behaupten, wenn die Kohlenexportation nicht zunehme.

Der tschechische Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Schulwesen in den Sudetenländern.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Die Tschechen sind sich von jeher dessen bewußt gewesen, welche unerträgliche Rolle im nationalen Kampfe die Schule darstellt. In der Vorkriegszeit war ihr unablässiges Bemühen darauf gerichtet, tschechische Schulanstalten als nationale Vorposten immer weiter ins deutsche Gebiet vorzudringen. Nun, wo sie ihren eigenen Staat besitzen und die Macht in der Hand haben, bedrängt sich ihre Politik nicht mehr allein auf die Durchsetzung des tschechischen Gebietes mit tschechischen Schulen, die jetzt natürlich vom Staate selbst und zwar arceabau mit Hochdruck betrieben wird, sondern sie findet ihre Ergänzung in einer unerbittlich brutalen Unterdrückung und Ausmerzung des deutschen Schulwesens. Die Verheerungen, die der tschechische Vernichtungsfeldzug in dieser Richtung während der letzten Monate des Bestandes der tschechischen Republik angedrückt hat, sind arceabau unbeschreiblich. Sie stellen aber erst den Anfang dar, die Sawftiache soll noch kommen. Dieser Ausrottungs-feldzug erstreckt sich von den Sudetenländern bis zum Böhmerwald.

Was die erlöschenden Anzeichen, so hat man zwar vorläufig noch nicht erwartet, diesen deutschen Besitzstand unmittelbar anzutasten, offenbar weil man hofft, ihn durch Tschechisierung des niederen und mittleren Schulwesens des Passer abzurufen. Das ist aber ein Vorwand, der immerhin einige Zeit erfordert, und so sind, wie aus der Schuldebatte im tschechischen Bundestag hervorgeht, auch hier demnächst unmittelbare Einriffe zu erwarten. Die Tschechen planen zunächst einmal, die beiden deutschen Hochschulen in Prag und Brünn in eine zusammenzufassen. Dann soll die montanistische Hochschule in Braibram, die bisher deutsch war, in eine solche mit tschechischer Unterrichtssprache umgewandelt werden. Den Deutschen in den Sudetenländern droht also vielleicht schon im nächsten Jahr der Verlust zweier Hochschulen. Daß sich die Tschechen bemühen werden, auch dem noch verbleibenden Rest so bald als möglich das Lebenslicht auszulöschen, dessen kann man sicher sein.

Nach dieser Seite es auf dem Gebiete des mittleren Schulwesens aus. Die Zahl der Anstalten, die da dem Untergang geweiht sind, wächst von Tag zu Tag und bezieht sich auf alle Kategorien. Ein beliebtes Mittel zur Verwirklichung dieser Mittel-schulen besteht darin, in Städten, in denen neben einem Gymnasium auch eine Realschule besteht, die beiden Anstalten in ein Reformgymnasium zusammenzufassen und so den Bestand auf die Hälfte zu reduzieren. Oder man fittet mit Beginn des neuen Schuljahres die Aufnahme in die erste Klasse, wodurch die betreffende Anstalt zum launigen Absterben verurteilt ist. Ein beliebtes Drohmittel besteht auch darin, den deutschen Anstalten die Parallellassen zu überben, wobei eine eigene hierfür ausgearbeitete Verordnung die Handhabe bieten muß. Nur einige wenige Beispiele für viele. So haben die Brauer und einia andere deutsche Lehrerbildungsanstalten Böhmiens die Berechtigung erhalten, heute die Einführung in den ersten Jahrgang nur probatorisch vorzunehmen. Da erst darüber entschieden werden wird, ob der erste Jahrgang im kommenden Schuljahr noch einmal eröffnet oder geschlossen werden soll. Das heißt mit anderen Worten, daß die Aufzähnung einiar dieser Anstalten geplant ist. Die Staatsamerikula in Gobenstadt in Mähren ist überhaupt geschlossen worden. In Friedek in Schlesien wird das deutsche Gymnasium kassenweise aufgelassen und in eine tschechische Mittelschule umgewandelt, ebenso die 4. Klasse der dortigen deutschen Bürgerschule, an deren Stelle eine tschechische treten soll. Ein ganz unerhörter Fall von Verarmhaltung ist aber der von Bohem-elbe. Dort wurde das erst kürzlich errichtete Gebäude des deutschen Gymnasiums mit dem Baionette für die tschechische Minderheitenschule acemant und die deutsche Anstalt in nun überhaupt abgeschlossen, ein Vorhaben, das ebenfalls sehr einfach ist, aber auch an Brutalität seinesgleichen sucht. Und so sieht sich die Zahl dieser Beispiele noch um ein Vielfaches vermehren. Dafür aber werden die deutschen Gebiete mit tschechischen Mittelschulen arceabau überschwemmt. Nicht für alle arceabau deutschen Städte in den Sudetenländern ist von Prag aus die Errichtung solcher Anstalten befohlen worden. Es seien nur einia wenige, wie Briz, Dir, Keflis, Nuffia, Böhmer-Weba, Reichenbera, Trautenau usw. anzuführen.

Sind schon auf dem Gebiete des höheren Unterrichts die tschechischen Heberattiffe so zahlreich, so kann man sich vorstellen, wie es erst im niederen Schulwesen aussieht. Es gibt da wohl kaum einen deutschen Ort, in dem sich auf einem Gymnasium nur halbwegs eine Handhabe hat, der nicht unter der tschechischen Schulpolitik zu leiden hätte. Die Dast, mit der diese Tschechisierungsbemühungen betrieben werden, macht fast den Eindruck, als ob sich die Tschechen zum Ausbau und zur Erhaltung ihres neuen Staates selbst nicht für Harz und Sabis acemant bielten und als ob sie daher das Aufleben des deutschen Elementes im Reichentum kaum erwarten könnten. Die Brutalität ihres Vorhabens dürfte freilich wenig acemant sein, die Deutschen ihren Wünschen acemant zu machen, und wie sie mit den Verheerungen Maßhaltens in Einklang acemant werden kann, ist erst recht eine offene Frage.

Schredensherrschaft der Slawen in Kärnten.

Wien, 24. Juli. Die „Zeit“ meldet: Wie aus Kärnten berichtet wird, ist die Südslawische Soldaten in den deutschen Gebiete eine wahre Schredensherrschaft aus. Ansbere macht sie Stimmung auf weitere Weite, um auf das bevorstehende Losset einzugreifen. Einerseits werden Lebensmittel für die Bevölkerung billig abgegeben, andererseits werden die

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Deutschen mit Drogenmitteln drangsalieren, wenn sie sich befehlen lassen, für Deutsch-Ostreich Partei zu nehmen. Daher flüchteten nicht weniger als 14000 Deutsche aus dem besetzten Gebiet. Die deutsch-österreichische Friedensgesellschaft verlangt, daß bei den Bestimmungen keine jüdischen Truppen in der Zone weilen und daß die geflüchteten Deutschen zum Viebzug in ihre Heimat zurückgeführt werden.

Wien, 24. Juli. Nach einer Grazer Meldung nahmen in Karbura nahezu alle Truppen an dem Ausstand teil. Die wilden Schieberien bei denen außer Gemeinen auch Maschinenarbeiter und Handaranten verwendet wurden, forderten mehr als 100 Tote und mehr als 200 Verwundete. Schließlich wurden die Serben von den Kroaten aus der Stadt verdrängt. Den letzten Nachschub auf das in Karbura wieder vollkommene Ruhe eintraten.

Deutsche Nationalversammlung.

Eröffnung der Sitzung um 10.25 Uhr. Das Haus tritt in die Beratung der Interpellationen Anstalt (D.R.), Heintze (D.V.) und Gen. über die

Planwirtschaft

ein. In der Begründung der Interpellation sagte Abg. Wittkott (D.V.): Würden die Absichten der Reichsregierung, die freie Handlung des Handels und der Industrie ausgedehnt werden. Wir verlangen die schleunige Beilegung der Ansehenslosigkeit. Sie sind eine unzureichende Erleichterung für die kaufmännische Tätigkeit und können zur Quelle von Verzweiflung mit anderen Wörtern werden. Der Freihandel ist ein gut funktionierender Regulator der Preisverhältnisse. Er wird den Preiswucher verhindern und unsere Balance bessern. Erfolgreich ist die Beilegung der Preisverhältnisse. Die Volkswirtschaft läßt sich nicht nach einem bestimmter Plane auf längere Zeit hinaus erzwingen. Was unser Staat braucht, ist eine disziplinierte Gruppe zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Arbeit. Nützlich sind gesunde Finanzen und Sparlichkeit, gerechte Steuern, freie Entfaltung der gesamten Wirtschaft, Zwang nur noch für Brot und Fleisch, Aufhebung aller Kriegs- und Zwangsverhältnisse, Sozialisierung mit Maß, Schutz des Auslandsdeutschen. (Beifall rechts.)

Reichsminister Schmidt: Trotz der Mode sind unsere Ansichten nicht allzu unähnlich. Unser Vorden die Vergewaltigung und Verleumdung können bald wieder leistungsfähig gemacht werden, sobald nur erst die Arbeit wieder einsetzt. Das Wirtschaftswachstum wird verbunden, die Interessententfaltung und Gegenstände, die entstehen, zu beilegen. Ein solches System kann es nicht aufstellen, sondern es muß nach den Bedürfnissen der einzelnen Industrien verfahren. Eine vollkommene Freiheit des Handels und Verkehrs ist heute unmöglich. Sobald das gesamte Interesse es einigermaßen zuläßt, sollen die Einschränkungen aufgehoben werden. Die Ausführungen unbedenklich zu gestatten, geht bei der gegenwärtigen Streiflage und dem Stande der Balance nicht an. Dagegen wollen wir die Ausfuhr von Luxusartikeln und solche Artikel, die wir im Lande entnehmen können, oder deren Rohstoffe wir im Lande haben, nach Möglichkeit fördern. Auch die Einfuhr bedarf einer gewissen Kontrolle. Wichtig ist es, unserer Textilindustrie die notwendigen Rohstoffe zuzuführen. Die Rohstoffversorgung eröffnet überhaupt ein reiches Gebiet des Handels. Der Großhandel wird bei genügender Aufsicht keine Monopolstellungen erhalten.

Es folgen die Interpellationen Dr. Heintze (D.V.) und Gen. und Anstalt (D.R.) über den

Landarbeiterstreik.

Zur Begründung ergriff Abg. Dufase (D.V.) das Wort und führt u. a. aus: Der Landarbeiterstreik ist zwar für den Augenblick beizulegen, aber er kann jeden Augenblick wieder neu ausbrechen. Verbrechen der Agitatoren sind im Lande tätig, um mit russischem Gelde die Landarbeiter zu neuen Streiks aufzureizen. Angesichts der ungeheuren Gefahr hätte die Regierung die Pflicht, endlich einmal die Energie zu zeigen, die wir bisher so sehr an ihr vermehrt haben.

Abg. Behrens (D.R.): Die Rot, die aus einem Landarbeiterstreik für die Landwirtschaft entstehen müßte, wäre die Rot des ganzen Volkes. Wir verlangen deshalb von der Regierung Ermöglichung für die Arbeitgeber, den Arbeitern die Naturallohn auszusahlen und Freiheit der Landarbeiter hinsichtlich ihrer eigenen Erzeugung, ferner Förderung des Tarifvertragswesens.

Reichsarbeitsminister Schilde: Neber von uns wird den Ausbruch des Landarbeiterstreiks auf das höchste bedauern, aber es darf durchaus nicht verhängen werden, daß die landwirtschaftlichen Arbeitgeber in der rücksichtslosen Ausnutzung der Konjunktur ihren Arbeitern ein sehr schlechtes Beispiel gegeben haben. Ein Vorbeugungsmaßnahme ist außer der bereits erwähnten Landarbeiterbindung noch folgendes zu treffen, noch folgendes in Aussicht genommen: Ein Erlass, der wilden Bindungen der Landarbeiter vorbeugen soll, Ausbau der Befestigung des Tarifwesens; endlich sind Verhandlungen im Gange, in wie weit eine Entgelt eintritt hat für den Vertragsbruch und zwar nicht nur durch die Arbeitnehmer, sondern vor allen Dingen auch durch die Arbeitgeber. In keinem Falle ist etwa beabsichtigt, das Streitrecht irgendwie anzutasten, oder einzuschränken.

Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt das Haus, die Beipredung der Interpellationen mit der politischen Aussprache zu verbinden.

Abg. Krätzia (Soa.): Das kapitalistische autokratische Regime hat damit geendet, daß die blühenden Ähren deutschen Wirtschaftslebens in ein riesenhaftes Trümmerfeld verwandelt worden sind. Dem Programm, das uns gestern der Ministerpräsident entwarf hat, stimmen wir im großen und ganzen an, aber wir müssen fragen, wo bleibt der Staatserichter, der endlich die zur Verantwortung ziehen soll, die alles dieses Elend verschuldet haben. Wir wollen durch das internationale Proletariat zu einem internationalen Abkommen gelangen. An der sozialdemokratischen Gesellschaft ist kein Was für Mühsal. Die Sozialisierung muß durchgeführt werden, wenn auch nicht in allen Wirtschaftszweigen. Wir verlangen eine arbeitslose Sozialpolitik neben der landwirtschaftlichen Produktion und Schutz der lebenswichtigen Betriebe gegen die Gewalt. Wir wünschen den Belagerungsstand zum Verkauf, aber die Spartakisten müssen erst einsehen, daß sie sich bei ihrer Politik der Sandaranten blutige Köpfe holen. Die Selbstzerstückelung des Volkes muß aufhören. Alle Kräfte müssen zusammenarbeiten, damit unser deutsches Volk nicht untergeht.

Um 1/2 Uhr vertagt sich das Haus. Weiterberatung Freitag vormittag 10 Uhr: auferdem keine Anträge.

Ein neuer Regierungsbund.

5. Berlin, 24. Juli. Innerhalb der demokratischen Partei nehmen die Bestrebungen an Stärke zu, die darauf hinführen, eine Vereinigung der demokratischen Parteien mit den Regierungspartien zur Bildung eines neuen Regierungsbundes herbeizuführen. Man steht nach Blättermeldungen auf dem Standpunkt, daß ein Kulturkampf an der Seite der rechtsstehenden Parteien eine schwere politische Krise für das ganze Reich heraufbeschwören würde und daß die Fraktion diese Verantwortung nicht auf sich nehmen könne. Die demokratische Fraktion hielt heute eine Sitzung ab, in der man sich eingehend mit dem Schlußkompromiß beschäftigte.

Freizügigkeit der Rechtsanwälte. (Eigener Drahtbericht.) 5. Weimar, 24. Juli. Die demokratische Fraktion bereitet, wie wir hören, einen Antrag auf Erlass eines Reichsgesetzes vor, in dem die Freizügigkeit der Rechtsanwälte festgesetzt werden soll. Nach den bisherigen Bestimmungen kann ein Rechtsanwalt erst dann zugelassen werden, wenn er in einem Bundesstaat, dessen Anwalt er nicht ist, niederkommt. Nach dem geplanten neuen Gesetz muß dies ohne Einschränkung festgesetzt werden. Diese Erleichterung soll besonders den Rechtsanwälten aus dem besten Gebiete anzu kommen.

Österreichische Blätter zu Bauers und Müllers Rede. (Eigener Drahtbericht.) Wien, 24. Juli. (Wolff.) Die Wiener Blätter äußern sich zum Inhalt der Rede Bauers und Müllers. Der „Neue Tag“ hofft auf einen neuen Abschnitt in der deutschen Geschichte. Die „Neue Freie Presse“ meint, der Grundgedanke der großen Ministerreden sei: Das deutsche Volk leidet am Leben. Das „Neue Wiener Tagblatt“ erklärt, am geistigen Tage sei in Weimar der Geist des einseitigen deutschen Parlamentarismus in der Frankfurter Reichsversammlung gewandelt und betont, daß in der Rede Müllers zum Ausdruck gekommene hohe Rücksichtswort sein gereichte dem deutschen Volke zur Ehre.

Die kommende „Freiheit der Meere“. Aus Marinekreisen wird uns geschrieben: Die Freiheit der Meere war eines der wichtigsten Kampfbiele, das sich unser Volk seitdem hat. Englands als mitbraudete Vormachtstellung sollte durch die actualen Kämpfe befestigt werden. Daraus hatte nicht nur Deutschland das brennendste Interesse, sondern — vielleicht mit einziger Ausnahme von Amerika — die ganze übrige Welt, einschließlich der amerikanischen Bundesstaaten Englands. Denn darüber ist kein Zweifel, daß England auch gegen die besten früheren Freunde das Gewaltmittel der Seeblockade benutzen würde, wenn die Gelegenheit dazu ergäbe wäre.

Der Völkerverbund soll nun anach die Aufgabe haben, das heik ererbte Ideal des „freien Meeres“ in Wirklichkeit auszuführen. Wie wird nun diese „Freiheit der Meere“ in Zukunft aussehen? Wird es in Zukunft nicht mehr möglich sein, durch eine strenge durchgeführte Seeblockade von Frauen und Kindern auszubrennen? Die Antwort darauf könnte erkrankt nur im Ernstfalle, d. h. im Krisenfall, gegeben werden. Der Völkerverbund sieht eine völlige Freiheit der Meere vor, d. h. nur im Frieden. Wenn ein Volk sich gegen die Gebiete des Völkerverbundes verhält, dann sollen alle anderen Völker mit dem Stiefel sofort alle Handelsbeziehungen abbrechen, der freie Verkehr soll für den Frieden gebrochen werden, und kein Brietamm soll selbst private Anlegenheiten mit einem Angehörigen des kriegerischen Staates regeln dürfen. Durch diese Vorschriften ist also für die Krisenzeit die Freiheit der Meere aufgehoben. Das ist an sich nicht in der Ordnung, da nach dem Wortlaut des Vertrages nur der bürgerliche Friedensbrecher zu bestrafen werden soll. Für einen derartigen Schuldbrief ist keine Strafe schwer genug. Wer entscheidet aber über den Charakter des Verbrechens? Und ist nicht ein Volk vielleicht schon feindlich, wenn es sich nicht den strengen Geboten der übermäßigen Entente beugt? Das sind Fragen, die den entsprechenden Bestimmungen über die Freiheit der Meere ein anderes Aussehen geben.

Endlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß diese Strafmaßnahmen tatsächlich nur für die anderen Völker in Betracht kommen, während die Hauptstaaten der Entente davon unberührt bleiben. Amerika ist das Land der Rohstoffe und Nahrungsmittel und könnte einer Seeblockade und Hungerblockade mit breitem Laden entgehen. England dagegen beherrscht mit seiner Flotte alle Meere und kann jeder Abticht einer Sperrung mit größtem Erfolge entgegenwirken, wenn es selbst den Frieden bricht. Durch diese Kolonien wird es aber auch in diesem Falle ausreichend mit allem Notwendigen versorgt, ohne daß irgend eine strafende Hand es erreicht. Die Strafmaßnahmen sind also offenbar nur für die Staaten gemacht, die nicht der amerikanischen Weltmacht anhängen können. Von einer „Freiheit der Meere“ kann man darum auch unter dem Geleis des Völkerverbundes in keiner Weise sprechen.

Die Bedrohung der linksrheinischen Geschäftswelt. (Eigener Drahtbericht.) Berlin, 24. Juli. (Wolff.) Linksrheinische Geschäftswelt werden zum Verkauf ihrer Geschäftsbauten vielfach mit der Drohung aufgefordert, daß eventuell ihr Eigentum mit Beschlag belegt werden könne. Dies ist aber, worauf von zukünftiger Seite hingewiesen wird, nicht zutreffend. Man lasse sich also nicht einschüchtern.

Beschlagnahme. (Eigener Drahtbericht.) Berlin, 24. Juli. (Wolff.) Der der Reederei Kunsmann, Stettin, gehörende Dampfer „Solfatia“ ist für mehrere Reisen von Libau nach Narva mit Ententetruppen, Waffen und Munition beschlagnahmt worden, wogegen die deutsche Gesandtschaft in Mitau ernstlichen Protest erhoben hat. Annapischen wird abgelehnt, daß infolge des Einbruchs des Kapitän Trollina die lettische Flotilla, die sich auf Befehl des estnischen Gouverneurs bereits einige Stunden an Bord befand, abbrechen und die deutsche Flotilla der Reederei Kunsmann wieder an Bord ankommen ist. Der Dampfer „Solfatia“ ist nun unter deutscher Flagge und in Begleitung von zwei estnischen Torpedobootsleitern von Libau nach Narva in See gegangen. Die estnische Behörde hat den Schutz der deutschen Flotilla verweigert.

Clemenceaus neues Kampfbiele. Genf, 24. Juli. Ueber die seitigen Verhandlungen in der Deputiertenkammer liegen jetzt etwas ausführlichere Berichte in Wiener Zeitungen vor. Sie bestätigen, daß Clemenceau am Schluß die Frage der Neuwahlen in die Waagschale geworfen hat und daß demgegenüber die französische Lebensmittellieferung zurückgegriffen war. Clemenceau hat in unabweisbarer Weise seinen Entschluß bekundet, an der Spitze der Regierung zu bleiben, um darüber zu wachen, daß die Neuwahlen zur Volksvertretung eine Mehrheit erlangen, die das von Clemenceau geschaffene Friedenswerk verteidigen wird. Er hat sich dahin ausgesprochen, daß er sich an die Spitze des nationalen Volkes stellt, um

die Wahlbewegung an die äußerste Linke zu führen, d. h. daß er die radikale Partei vollends aufzuheben und die Sozialisten vernichten will. Die Kammer hat es gestern nicht gewagt, Clemenceau trotz dieses Glaubensbekenntnisses zu stützen. Sie war derart überrumpelt, daß selbst Briand es nicht gewagt hat, offen an die Spitze der Opposition zu treten. Die große Masse der radikalen Abgeordneten wird erst jetzt ankommen sein, sich nach der Meinung ihrer Wähler umzuwandeln, um sich schließlich selbst nach rechts zu orientieren, oder doch wieder Anschlag an den Kopf der äußersten Linken zu finden. Clemenceau hat alles vermieden, was als ein Quasiverständnis an die linksradikalen Elemente anzuheben werden könnte.

Die Bergarbeiterbewegung. Amsterdam, 23. Juli. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Der Vorsitzende des Bergarbeiterbundes von Yorkshire, Smith, hat erklärt, daß das Vorgehen der Regierung, die Leute nach Yorkshire zu schicken, um die Rumpelwerke im Kohlengebiet zu bedienen, die Bergarbeiter in ihrer Haltung bestärken werde. Der Streik habe wieder an Ausdehnung zugenommen. In Lancashire streikten 7500, in Nottinghamshire 2000, in Monmouthshire 11000 Mann. Die Industrie wird durch den Kohlenmangel sehr behindert. Die großen Firmen im Distrikte Sheffield erklären, daß sie selbst bei größter Sparlichkeit im Kohlenverbrauch ihren Betrieb nur noch einige Tage fortsetzen können. Die Kohlenarbeiter an der Nordwestküste von England haben sich wegen Erhöhung der Kohlenpreise genötigt gesehen, die Kohlenpreise um 12 Schilling für die Tonne zu erhöhen. Durch den Eisenbahnverkehr und des Betriebes der Untergrundbahn nötig. Außerdem hat der Kohlenkontrolleur den Sanktionen eine Verordnung ausgehen lassen, die bestimmt, daß eine Familie nicht mehr als zwei Zentner Kohlen erhalten darf. In Midlands müssen immer mehr Fabriktriebe wegen Kohlenmangels eingestellt werden. Möglicherweise werden alle Textilfabriken schließen müssen. In Bradford sind 3000 Wollweber ohne Arbeit. In Grimsby liegen die Fischdampfer still und auch in Hull leidet die Schiffahrt ernstlich.

London, 24. Juli. (Neuer.) Die Konferenz des föderierten Arbeiterbundes beschloß in gemeinsamer Sitzung mit 27 gegen 11 Stimmen durch namentliche Abstimmung festzustellen, daß die Mitglieder dieser Körperschaften bereit sind, eine industrielle Aktion zu unternehmen, um die Abschaffung der Dienstpflicht und die Einstellung der militärischen Intervention in Rußland zu sichern, sowie die Aktion in dem militärischen Kampf in der Heimat anzuwenden.

Amerika in der Wiedergutmachungskommission. — Gegen den Alkoholmißbrauch. (Eigener Drahtbericht.) Amsterdam, 24. Juli. Das Pressebüro Radio meldet aus Washington: Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat der Ernennung eines amerikanischen Vertreters bei der Wiedergutmachungskommission zugestimmt. Das Repräsentantenhaus hat das Gesetz gegen den Alkoholmißbrauch mit 887 gegen 100 Stimmen angenommen. Das Gesetz ist so weitgehend, daß man glaubt, es würde der Handel mit alkoholhaltigen Getränken vollständig unterdrückt werden. Die Vorlage geht jetzt an den Senat.

Die Monroedoktrin und der Völkerverbund. Amsterdam, 24. Juli. Dem Pressebüro Radio zufolge schreibt „Renouveau American“ Wilson verlangt von den Vereinigten Staaten, daß sie die Monroedoktrin an den Rat des Völkerverbundes ausliefern. Sie wird aber von amerikanischen Volk niemals breisagegeben werden. Neue, die für den verärrtischen Vorkurs Laa, ist auszuliefern, verantwortlich sind, werden die Kolonien ihres Wertes noch zu rauben haben.

Die Präsidentschaftsfrage in Finland. (Eigener Drahtbericht.) Helsinki, 24. Juli. (Wolff.) Gegenüber der von den Rechtsvereinen vertretenen Kandidatur Mannheim haben die Mittelbarkeiten Stahlbera an ihrem Präsidentschaftskandidaten erhoben. Stahlbera hat um so größere Aussicht, als er unter den Sozialdemokraten, die sich bisher abwartend verhalten haben, Sympathien genießt.

Sowjet-Rußland und Bessarabien. Bukarest, 24. Juli. (Wolff.) Nach einer Meldung des Korrespondenten Tschitscherin an Bela Kun einen Hinweis, in dem er die von Rumänisch-Bessarabien verbreitete Nachricht, Lenin habe der rumänischen Regierung den Frieden angeboten und Bessarabien Rumänien überlassen, als schändliche Lüge bezeichnet. Tschitscherin erklärt, daß die bessarabische Sowjetregierung mit der Moskauer Sowjetregierung auf engste verbunden sei, und daß die Sowjets Bessarabiens ihre Tätigkeit bald beginnen würden.

Die deutsche Republik. Aus dem „Reichsanzeiger“. (Eigener Drahtbericht.) Berlin, 24. Juli. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung über die Ausstellung der Reichskarten und die Verbandsbestimmungen an Fleisch und Fleischwaren, sowie eine Bekanntmachung über die Verlängerung der Prioritätsfristen in Dänemark.

Württembergischer Landtag. (Von unserem Stuttgarter Korrespondenten.) Stuttgart, 24. Juli. Die Regierung schlägt in einem Gesetzentwurf vor, den Abgeordneten des Landtages infolge der zeitlichen Ausdehnung ihrer Tätigkeit, die anfangs nicht abzuheben war, ihre Aufwandsentschädigungen von 1500 Mark auf 2000 Mark zu erhöhen.

Der Industrieausschuß der Sozialistenausschüsse empfiehlt die Verstaatlichung der Stuttgarter Kupferhüttenwerke. Die hauptsächlich die Karten der lotharischen Landesanstalt ausführt. Dabei sollen dann alle staatlich hergestellten Karten und auch sonstige Karten, die der Allgemeinheit dienen, in dieser staatlichen Anstalt gedruckt werden.

Ueber schwere Unruhen in Straßburg wissen verschiedene Blätter zu berichten. Danach kam es dort am Dienstag zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem französischen Militär und der Zivilbevölkerung. Anlag war der Streik der Straßenbahnen. Um den Verkehr aufrecht zu erhalten, hatten französische Offiziere und Unteroffiziere die Beherrschung der Wagen übernommen, was zu gewalttätiger Erbitterung in der Arbeiterchaft führte. Diese bewarf die Straßenbahnwagen mit Steinen und erschütterte die Reinsensbrücke. Klusblätter wurden verteilt, die für eine Selbstmordaktion des ehemaligen Reichslandes eintraten.

Dr. Wirth über die Finanzvor schläge Erzbergers.

In der Dienstausschussung des Badischen Landtages hat Finanzminister Dr. Wirth die Interpellation der verschiedenen Fraktionen wegen der Vorschläge zur Vereinfachung der Finanzverwaltung beantwortet. In klarer und überzeugender Weise, aus der zu ersehen war, daß der Finanzminister sich in kurzer Zeit in die Aufgaben seines Amtes am einarbeiten hat, leute er in sachlicher Weise die Vorteile und Nachteile der Erzbergerischen Pläne dar. Er rühmte den Weitblick, den Mut und die Entschlossenheit, mit denen Erzberger sein Ziel zu erreichen sucht, und findet die Vorschläge an sich durchaus arbeitsam. In normalen Zeiten hätten sie wohl bei weitem ausreichen als acaen-wirtschaft, wo ihnen die durch die Erfahrungen mit den Kriegswirtschaften im deutschen Volk erzeugte Stimmung gleicher Rationalität unähnlich sei. Bei den Nischenaufgaben der Reichsfinanzverwaltung, die für die Ausgaben des Reichs, der Bundesstaaten und Gemeinden die Mittel für einen Bedarf von jährlich 25 Milliarden aufbringen will, können nur große Mittel und nicht mehr die bisher von der Reichsfinanzverwaltung angewendeten kleinen Mittel zum Ziel führen. Das hier in erster Linie das Reich eine direkte Steuer braucht, sei selbstverständlich und er stehe nicht an, da er sie als unvermeidlich ansehe, sie dem Reich zu überlassen. Aus dem unabweisbaren Bedarf ergibt sich aber auch ganz von selbst, daß das Reich mit direkten Steuern allein nicht auskommen kann und daß es dazu ebenso notwendig auch indirekte Steuern braucht. Um diese zu erlangen, muß es aber auch eine entsprechende direkte Steuer einführen. Neben der Reichseinkommensteuer, an der die Bundesstaaten für ihren eigenen Steuerbedarf Aufschlag zu erheben das Recht erhalten müssen, verlangt Erzberger eine einheitliche Reichsabschlagsordnung sowie eine im ganzen Reich nach einheitlichen Grundsätzen gleichmäßig zu vollziehende Steuerverwaltung. Ueber die Notwendigkeit einer solchen Vereinheitlichung, die gleichzeitig eine Herabsetzung der Steuerkraft ist, bedarf es keiner weiteren Ausführungen. Nur ist hier zu bemerken, daß die badischen Veranlagungsbehörden in ihrer Entwicklung und Tätigkeit viel fortgeschrittener sind, als beispielsweise die in Preußen, und daß daraus das Verlangen folert, daß auch die Durchführung dieser einheitlichen Veranlagung schon auf den der Erzberger am 1. Oktober nicht möglich ist. Ebenso kann der Finanzminister die Einführung einer Reichskontrolle über die Erhebung und Verwaltung der Abgaben und Steuern annehmen, umal bereits im Reich eine solche nach der Reichsverfassung schon seit dem Jahr 1871 für die Erhebung und Verwaltung der Abgaben und gemeindefinanziellen Abgaben besteht. So haben wir u. a. in Baden zurzeit bei der Post- und Steuerdirektion einen Reichsbevollmächtigten für Abgaben und Steuern und außerdem diesem unterstellende Stationskontrollen in Mannheim, Karlsruhe, Basel und Konstanz. Es handelt sich hier also nur um den Ausbau einer bereits bestehenden Einrichtung. In seinem fest unarenaten Programm will Erzberger den Bundesstaaten die Ertragssteuern, Gebühren, Vermögenssteuern und örtliche Abgaben überlassen. Die Einführung einer Vermögenssteuer ist für Baden zurzeit schon im nächsten Schritt im Programm für Baden einen Vorschritt und einen Rückfall in eine reaktionäre Steuerreform. Mit großer Befriedigung hat man im Jahre 1906 die Abschaffung der Ertragssteuern und ihre Ersetzung durch eine Vermögenssteuer in Baden als einen Fortschritt bezeichnet. Schließlich bemerkte der Finanzminister noch, daß Erzberger auf seine Anwesenheit in Baden Maßnahmen zur Verbindung der Steuer- und Kapitalmarkt treffen will und daß er als weitsehender Finanzpolitiker als ersten Schritt zur arbeitsamen Finanzreform die Herabsetzung eines auszubehaltenden Beamtenums ins Auge gefaßt hat. Auch die badische Finanzverwaltung, die hierin früher viel verumt hat, wird demnach die mittlere Beamtenaufbahn wieder öffnen, um eine ansehnliche Zahl Beamten sich auszubilden und leistungsfähiger Beamten sich zu beschaffen. Im übrigen hat sich der Finanzminister die vorerwähnten „Tagblatt“ veröffentlichte Beurteilung ihrer abnehmenden Haltung gegen die Erzbergerischen Pläne voll und ganz zu eigen gemacht.

Badischer Landtag. Brennholz. — Petitionen. (Eigener Bericht.)

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung standen eine Interpellation und mehrere Eingaben. Ehe man aber an ihre Erörterung ging, gab es noch eine kleine Ausinandersetzung zwischen dem Finanzminister Dr. Wirth und dem demokratischen Abgeordneten Dr. Glodner, wegen des Gesamtbeitrages für das Jahr 1919. Dr. Glodner hatte den Finanzminister bei seiner Rede am 2. Juli so verstanden, als betrage der Beitrag für dieses Jahr 70 Millionen Mark. Dr. Wirth jagte, das sei nicht richtig, denn so hoch sei der Beitrag schon bei der allgemeinen Staatsverwaltung, dazu kommen dann aber noch die Ausgaben für den Vorkriegsstand mit den Eisenbahnen, die Feuerungsanlagen, die Neuregelung der Dienst- und Ruhezeit. Für allgemeine Staatsverwaltung und Eisenbahnverwaltung zusammen belaufe sich der Beitrag auf 146,2 Millionen Mark; nicht eingerechnet seien hier die 17 Millionen Mark, die im 6. Nachtrag zur Entgelt der Preise für die ausländischen Lebensmittel angefordert werden, so daß der Gesamtbeitrag 163,2 Millionen Mark betrage. Dem Minister hielt Dr. Glodner entgegen, daß seine früheren Darlegungen mißverständlich gewesen seien, daher sei es sehr angebracht, wenn die ganze Materie, wie es der Finanzminister ja zugebilligt habe, dem Hause gedruckt vorgelegt werde. Dr. Wirth erklärte, er habe in seiner Rede genau zwischen allgemeiner Staatsverwaltung und Eisenbahnverwaltung unterschieden.

Eine kurze Anfrage sozialdemokratischer Abgeordneter gegen die Schaffung von Sonderrechten für gewisse Beamtengruppen beantwortete der Finanzminister dahin, daß ihm nichts von solchen Sonderrechten bekannt ist. Nach einem Beschluß der Regierung vom 5. Mai werde pensioniert, wer 65 Jahre alt ist.

Längere Zeit beanpruchte und zwar mit Recht die Beipredung der von Frau Kunigunde Fischer eingereichten Interpellation über die Verlegung der Bevölkerung mit Brennholz. Die Interpellation forderte Lohrverjorgung, Einschränkung der Kohlenlieferungen für die Zentralheizungen und gleichmäßigere Kohlenlieferung. Minister Kemmels legte die bekannten Ursachen des Kohlenmangels (Streik, Belegung des linksrheinischen Kohlengebietes, Friedensvertrag, schlechte Verkehrsverhältnisse usw.) dar und sagte die Förderung der Lohrverjorgung und ergebnis Solchlich zu. Allerdings die Hoffnung aus früheren badischen Kohlenberwerbungen wieder Kohlen gewinnen zu können, müssen wir begabten.

Soeben erscheint:

Allerlei Gereimtes und Ungereimtes

Gedichte von Hans Schreiber †, herausgegeben von N. Wätjen, Privatgelehrter, Karlsruhe

56 Seiten Gr.-8° in Japan-Umschlag
Preis 2 Mark und Teuerungszuschlag

Echte, ungekünstelte Lyrik und ein tiefempfindendes Seelenleben sprechen uns aus den Versen dieses jungen, früh verstorbenen Dichters an. Jedem Freunde echter deutscher Poesie wird dieses Werkchen Freude bereiten

Zu beziehen durch die Buchhandlungen sowie vom Kommissionsverlag
C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H.
Karlsruhe (Baden), Ritterstraße 1

Moderne Wohnungseinrichtungen

Schlaf-, Wohn-, Speise- und Herrenzimmer

in Eichen und Nußbaum, sehr schöne Modelle.

Küchen-Einrichtungen

in Natur lackiert und farbig gestrichen

Einzelmöbel, vollständ. Betten, Wasch-Kommode, Schränke, Flur-Garderoben, Stühle, Korbsessel, Seegras- und Robhaar-Matratzen aus Friedensdrell, Diwan, sehr schöne Moquette, Friedensware, Chaiselongue etc.

Besichtigung erwünscht.

K. Epple

Steinstraße 6
früher Kaiserstraße 19.

Am 19. Juli verschied sanft nach langem Leiden im 29. Lebensjahre unser lieber, guter Sohn und Bruder

Fritz Pandel

Zeichenlehrer.

In tiefer Schmerz:
Frau Lina Pandel Wwe., geb. Eccard,
Ernst Pandel, z. Zt. in engl. Gefangenschaft.
Ottenheim am Rhein, den 19. Juli 1919.

Statt besonderer Anzeige.

Schmerz erfüllt teilen wir mit, daß heute nachmittags mein lieber Gatte, unser guter, treubesorgter Vater, Großvater, Schwiegervater, Schwager u. Onkel

Karl Friedrich Merz

Einkassierer bei der Firma Eugen v. Steffelin von seinem langen, schweren Leiden erlöst wurde.

Karlsruhe, den 23. Juli 1919.
Baumeisterstraße 46.

In tiefer Trauer:
Magdalena Merz, geb. Haller,
Wilhelm Epple und Frau Lina, geb. Merz
nebst Kind
Olga Merz Witwe, geb. Göpfrich.

Die Beerdigung findet Freitag, den 25. Juli, nachmittags 4 Uhr, statt.
Wir bitten von Beileidsbesuchen absehen zu wollen.

Zuschneidekursus für Damenbekleidung

in Tages- und Abendkursen, sowie Schnittmusterverkauf nach Maß (französischen Journalen). Anmeldung zu den Kursen vormittags 11-12 Uhr, bei Fräulein Nolte, Belfortstraße 17, II.

Sträßen-Befen!

Friedensware!
Prima Ausführung. Stück 3 Mark, liefert von 2 Stück an per Nachnahme

Friedrich Götz,
Eberfeld 183,
Postfach 84.
Bei Nichterfällen Zurücknahme.
Bischoflicher Versand über 2000 Stück.

Zur Lösung nachstehenden Preisrätsels setzt die Firma Reinhold André, Karlsruhe, folgende Preise aus



1. 1 Hahndrilling,
2. 1 Doppeltesching,
3. 1 Lederfuttermal,
4. 1 Rucksack,
5. 1 Jagdstuhl,
6. 1 Hundeleine mit Dressurhalsband,
- 7.-20. je 25 Patronen B. M. D.

An der Verlosung kann jeder teilnehmen, der die richtige Lösung einsendet und mindestens 50 Stück Jagdpatronen bestellt. Lösungen und Bestellungen müssen bis 25. September 1919 eingesandt werden. Die Verlosung findet am 1. Oktober 1919 im „Roten Hause“ statt. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht

Reinhold André Inhaber
Waffen- u. Munitionshandlung Karlsruhe Waldstr. 4.

Junge Tauben
„ Hahnen
„ Hühner
„ Enten
fette Suppenhühner empfiehlt

Herm. Munding

Kaiserstr. 110. Fernruf 5542.

Stoffschuhe

aller Art in sauberer Ausführung werden angefertigt.
Wendelslohnplatz 2.

In allen Kreisen genießt d. besten Ruf die **Deutsche Weiratszeitung**
4. Jahrg. Nr. 75, eins. 1.15, best. auf Wunsch Ausfahrt beim. Preis 1.00, 80 Pf. i. Kart. Fortana. Gmünd. 16. Ludwigstr. 60.

Nachruf.

Heute mittag verschied nach langem schweren Leiden mein

Stallmeister und Einkassierer Karl Merz.

Fast 42 Jahre war er in meinen Diensten tätig und hat sich während dieser Zeit durch unermüden Fleiß sowie hervorragende Pflichterfüllung und Treue mein ganzes Vertrauen erworben.

Sein Andenken wird bei mir in dankbarer Erinnerung weiterleben.

Karlsruhe, den 23. Juli 1919.

Eugen von Steffelin.

Osräm-Drachlampen

Osräm-Isolampen

in kleinen und größeren Mengen ab Lager lieferbar.

Jacob Leonhard

Elektrotechnisches Installationsgeschäft
Sauterbergstr. 16. Tel. 3872.

Da in letzter Zeit mehrere Irrtümer und Verwechslungen meiner Firma vorgekommen sind, mache ich meine werte Kundschaft nochmals darauf aufmerksam, daß sich mein Büro

Veilchenstraße 20

parterre
Telephonanschluß 5222

Lagerplatz Liststr. 5, am Westbahnhof, befindet und bitte ich, mir Bestellungen in Brennholz durch Postkarte oder telephonisch aufzugeben.

Prompte und gute Bedienung wird zugesichert.

Ludwig Braun

Nutz- und Brennholzhandlung.

Küchen-Einrichtungen

schöne solide Schreinerarbeit tiefere billig in Haus.
Schaeffer, Durlach, Sauterstraße 81.

Große Auswahl in Schuhbedarfsartikeln

aller Art.

Für Schuster u. Heimschusterei

stets Eingang von Neuheiten in praktisch. Schusterwerkzeugen, Gummiwaren wie Gummilabsätze, Sohlen und Platten, Gummisauger und Gummischläuche, Bürstenwaren, Leisten.

Schuhmacher u. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

A. Eisner, Karlsruhe i. B.

größtes Spezialgeschäft am Platze.

Verkaufsstellen:
Kaiserstr. 23, nahe Durlacher Tor,
Kaiserstraße 70, nahe Marktplatz,
Büro, Engros-Lager u. Versand:
Zähringerstraße 50.

Nachruf.

Heute mittag verschied nach langem, schwerem Leiden Herr

Stallmeister und Einkassierer Karl Merz.

Wir betrauern in dem Dahingewesenen einen treuen Freund und trefflichen Vorgesetzten, dessen hervorragende Arbeitskraft und Tüchtigkeit uns immer vorbildlich war. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Die Angestellten und Arbeiter der Firma

Eugen von Steffelin.

Karlsruhe, den 23. Juli 1919.

Futterstoffe.

Sämtliche Futterstoffe und Nährzutaten für die Herren- und Damen Schneidererei sind einatropfen, offerierte preiswert.

Peter Mees

Spezialgeschäft für Schneiderartikel
Gerrenstraße 42.

Schreibmaschinen Reparaturen und Reinigung.

Reelle Bedienung und billige Preise.

Karl Hafner, Karlsruhe i. Baden

Amalienstraße 53. Telefon 1326.

A. Mulfinger

Dorfstraße 8.
Telephon 1700.
Spiegel.



Korb-
möbel
empfiehlt in
reicher Aus-
wahl zu bil-
ligst. Preisen
J. Heß,
Korbfabrik,
Kaiserstraße
128.

Gummi-Kupferleitungen,

1, 1,5 und 50 qmm, billig ab Lager lieferbar.

Jacob Leonhard

Elektrotechnisches Installationsgeschäft
Sauterbergstr. 16. Tel. 3872.

Achtung!

Wichtig für Baugeschäfte.
Empfehle sämtliche Sorten Sand und Kies ab Grube Viehnhafen, bei der Sania.

Telephon Nr. 1410.

J. Gailing.

Neue Sendung

Gummi-Mäntel

eingetroffen.

Sporthaus Freundlieb

Kaiserstraße 185.

Zur Reisezeit

empfehle ich meine

Kleider-Reparatur-, Bügel- u. Reinigungs-Werkstätte

von

Eugen Meßner

Zähringerstr. 59 - Teleph. 3036.
Wenden u. Aendern in tadelloser Ausführung.
Abholen und Zustellen der Kleider.

Reisegepäck-

Vericherung gegen Verlust, Diebstahl, Feuer, Einbruchdiebstahl für Reisen u. Aufenthalt in allen Entfernungen. Prämie 4 bis 6,- für je 1000,- gültig 2 Monate vom Tag der Zahlung der Prämie (Datum d. Versicherung) an. Ein- zahlungen mit Vermerk „Reisegepäck“ per Zahlkarte auf Postkontokonto 19 850 C. Bühler, Versicherungsbüro, Karlsruhe, Kaiser-allee 48. Telephon 6168.

Medizin, Teerseife und Carbolseife

für Hautauschläge.
Drogerie Bals,
Kurvenstraße 17 und
Sabalas-Drogerie,
Kaiserstraße 345.

Warnung.

Ich nehme f. gemachte Schulden von meiner Frau, Julie Bösch geb. Hans keine Verantwortung. Achtungsvoll
Konst. Engelb. Bösch,
Hofstraße 18.

Weißer Stoff-Schuhe,

Größe 35-40, hält vorrätig die
Schuhfabrik **E. Werle**, Rheinstr. 58.

Großes Lager

in

gebr. Eisenbahnschienen (für Bauzwecke sehr gut geeignet)
gebr. T-Träger und U-Eisen
gebr. Rundeisen, Militärwagenachsen
gebr. Radreifen, neue Hufeisen
Flacheisenenden x u. T-Eisen
Stacheldraht.

Lagerbesuch erbeten.

Rosenfeld & Co.,

Karlsruhe-Mühlburg.
Tel.-Nr. 184 u. 841. Telegr.-Adr. „Metallfeld“

Israel. Gemeinde.
Sauterbergstr. 16.
Freitag, den 25. Juli, Abendgottesd. 7.00 Uhr.
Samstag, den 26. Juli, Morgen- u. Abendgottesd. 8.30 u. 11.00 Uhr.
Sonntag, den 27. Juli, Morgen- u. Abendgottesd. 7.30 u. 11.00 Uhr.
In Werktagen: Morgen- u. Abendgottesd. 6.45 u. 11.00 Uhr.

Israel. Religions-
gesellschaft.
Freitag, den 25. Juli, Sauterbergstr. 16. 7.30 Uhr.
Samstag, den 26. Juli, Morgen- u. Abendgottesd. 7.30 u. 11.00 Uhr.
Sonntag, den 27. Juli, Morgen- u. Abendgottesd. 7.30 u. 11.00 Uhr.
In Werktagen: Morgen- u. Abendgottesd. 6.45 u. 11.00 Uhr.

Aufruf!

Die Heimkehr unserer gefangenen Brüder steht vor der Tür. Um sie würdig zu empfangen, arbeiten die Gefangenenheimkehrstellen (Krisaheime) seit Wochen im Lande. Das Reich hat einen Zuschuß bewilligt, der aber für den würdigen Empfang in unserem Lande nicht genügend ist. Um auch nach der militärischen Entlassung in dringenden Fällen helfen und andererseits in den Durchgangslagern den Empfang so würdig gestalten zu können, wie es der guten badischen Sitte entspricht, brauchen wir noch einmal die Hilfe des ganzen badischen Landes. Die Mittel, welche für die Gefangenen gesammelt waren, sind durch die Gefangenenunterstützung in den letzten Monaten, die unter den ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnissen weitergeführt werden mußte, stark zusammengesunken. Unsere Nachbarn, die Württemberger, haben in den letzten Monaten fast eine Million nur für Zwecke der Gefangenenheimkehr zusammengebracht. Für Baden soll ein badischer Volksdanf für die heimkehrenden Gefangenen die nötigen Mittel aufbringen. Der badische Volksdanf vom Jahre 1919 darf nicht hinter der großartigen Hilfe zurückbleiben, welche im September 1917 durch die Beteiligung des ganzen badischen Volkes für die Gefangenen möglich geworden ist. Die Mittel des ganzen Landes werden in einen Zentralfond vereinigt, welcher dort, wo es nötig ist, zur Verfügung stehen soll. Der Danf der Heimat soll den gefangenen Brüdern schon beim Betreten des heimatischen Bodens fühlbar sein. Wie könnte er sich wirksamer äußern, als in einem festlichen, freundigen Empfang und in der Hilfe bei dem Uebergang in die Friedensarbeit. Hierzu sind die reichsten Mittel erforderlich.

Darum gebt! Gebt reichlich und freudig!

Der Staatspräsident: Geiß.
Der Territorialdelegierte der freiw. Krankenpflege für Baden: Pfisterer.
Badischer Landesverein vom Roten Kreuz:
 Der Ehrenvorsitzende: Max, Prinz von Baden.
 Dr. Stroebe, Vorsitzender der Depotabteilung.
 Der Präsident des Ev. Oberkirchenrats: Dr. Uebel.
 Der Vorstand des Bad. Landesvereins für Innere Mission: D. Schmitthenner, Prälat.
 Univ.-Prof. Dr. Partsch, Vorsitzender des Landesauschusses der Badischen Gefangenenfürsorge.
 Der Erzbischof der Erzdiözese Freiburg: Dr. Thomas Würber.
 Der Vorstand des kath. Caritas-Verbandes: Dr. Werthmann, Prälat.
Die Vorsitzenden des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen:
 Mannheim: Karlsruhe: Freiburg: Konstanz:
 Maier, Kaufmann. Rupp, Ingenieur. Dr. von Graevenitz, Hauptmann a. D. Oberleutnant Schmidt I, Anstaltsstation.

Die Bad. Kriegsgefangenen-Heimkehrstellen (Krisaheime).

Gaben können auf Postcheckkonto 5886 Badischer Landesverein vom Roten Kreuz, Karlsruhe, einbezahlt werden. Desgleichen nehmen sämtliche Banken, Stadtkassen und Sparkassen Gaben an. In beiden Fällen bitten wir zu bemerken „für Volksdanf“.

Bekanntmachung.
 Die Wahl des Oberbürgermeisters betr.
 In gefälliger Wahltagfahrt haben von 122 Wahlberechtigten 47 abgestimmt. Auf Oberbürgermeister Kretz entfielen 37 Stimmen, 10 Stimmen waren unglücklich, und zwar 9, weil sie keinen Namen enthielten, und 1, weil der Name durchdrücklich war. Es kam sonach eine gültige Wahl nicht zustande.
 Die Wahlzeiten liegen während acht Tagen nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung auf dem Hauptstabsamt (Mathaus, 2. Stod. Zimmer Nr. 74) zu jedem Manns Einsicht öffentlich an.
 Etwaige Einsprüche oder Beschwerden gegen die Wahl müssen binnen der gleichen Frist beim Bürgermeisterrat oder beim Bezirksamt schriftlich oder mündlich an Protokoll mit sofortiger Bezeichnung der Beweismittel angebracht werden.
 Karlsruhe, den 25. Juli 1919.
 Das Bürgermeisteramt.

Erbtas-Versteigerung.
 Am Freitag, den 25. Juli werden im Güterbandhof bei der alten Eilthalle — Milchrampen — um 3 Uhr nachmittags im Auftrag des Abwärters 2 Wohnhäuser, in der Hauptstraße noch genannt für Hinterlassene, 40 und 46 St., je im ganzen meistbietend und gegen Barzahlung öffentlich versteigert.
 Karlsruhe, den 24. Juli 1919.
 Güteramt, Kriegstraße 3.

Bekanntmachung.
 Den Vollzug der Wahl zur außerordentlichen Generalversammlung, hier die Aufstellung der Wählerliste i. die Kirchengemeinde Karlsruhe betr.
 Mit Bezug auf unsere in den diesigen Tageszeitungen veröffentlichte Bekanntmachung vom 19. Juli ds. Js. werden die himmberberechtigten Mitglieder unserer Kirchengemeinde wiederholt aufgefordert, sich zur Wählerliste anzumelden. Anmeldefrist:
Dienstag, den 22. Juli bis mit Montag, den 4. August 1919.
 Anmeldestellen: Konfirmationsaal Friedricksd. 15 und die Bezirksämter.
 Alles Weitere ist aus obiger Bekanntmachung zu ersehen.
 Karlsruhe, den 24. Juli 1919.
 Evang.-protest. Kirchengemeinderat: Fischer.

Nachlass-Versteigerung
 am Montag, den 28. Juli von 11 Uhr ab im Landhaus Eilbert, Eilbertstraße.
Herrenab.
 Speisezimmer m. Sofa u. Umbau in dunkel Eichen, einbettes Schlafzimmer, weiß lackiert, verschied. Möbel, Haushaltungs- u. Küchengeräte.

Der Verband der badischen Hausbesitzer-Vereine
 läßt am 26. und 27. ds. Mts. hier in Karlsruhe den Verbandstag stattfinden. Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht am Sonntag, den 27. Juli, vormittags 10 Uhr, im großen Saal des Rathauses ein Vortrag über die Sozialisierung des Wohnungswesens. Als Berichtserichter sind der Präsident des deutschen Hausbesitzerbundes für Großstadt, Herr von der Borstel in Berlin und als Mitberichtserichter Herr Landtagsabgeordneter Helfrich in Mannheim gewonnen worden. Die Berichtserichter werden sich mit einer eingehenden Kritik des bekannten Heimstätten-Gesetzentwurfs von Dr. Kampffmeier beschäftigen. Hiernach darf ein starker Besuch der Verbandstagung seitens der Mitglieder des Karlsruher Hausbesitzervereins erwartet werden. Diese Veranstaltung bedeutet für alle dem Verein noch nicht angehörenden Hausbesitzer erneut eine dringende Mahnung zum Zusammenhaken. Anmeldungen zur Aufnahme in den Verein unter gleichzeitiger Entrichtung des Jahresbeitrages nimmt die Geschäftsstelle des Vereins, Herrenstr. 48, entgegen.
 Grund- u. Hausbesitzerverein Karlsruhe e.V.

Deutsche Demokratische Partei (Ortsverein Karlsruhe).

Freitag, den 25. Juli, abends 8 Uhr, im Saal 3 der Branerei Schrempf, Walbstraße, geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
 „Die politische Lage und die Deutsche Demokratische Partei“.
 Redner:
Herr Minister Hummel.
 Wir laden unsere verehrlichen Mitglieder hierzu höflich ein und bitten um zahlreichen Besuch.
Der Vorstand.

Freiwillige Hausversteigerung.
 Die Testamentvollstrecker im Nachlaß der Privatmann Wilhelm Griesbach Witwe Margareta geb. Montag in Karlsruhe lassen das am Nachlaß gehörige Grundstück Vob. Nr. 1006, 3 a 25 am Hans- amweiden Kirchstraße Nr. 41 in Karlsruhe durch das unterfertigte Notariat in seinen Diensträumen, Stefanienstraße Nr. 5, am
Samstag, den 2. August 1919, vorm. 9 Uhr. öffentlich an den Meistbietenden versteigern.
 Nähere Auskunft, insbesondere über Versteigerungsbedingungen, erteilt das Notariat kostenlos. Das Haus kann am 1. September d. J. bezogen werden.
 Karlsruhe, den 22. Juli 1919.
 Badisches Notariat II.

Obst-Verteilung.
 In den Obstverkaufsgeschäften Nr. 62 bis 81 einschl. kommen heute, den 24. Juli, Kirichen zur Verteilung. Kopfmenge 3 Pfund gegen die Obstmarke Nr. 3 zum Preise von 75 Pfg. pro Pfund.
 In den Geschäften Nr. 62, 63 und 65 gelangen Kirichen oder Frühäpfel, Kopfmenge 2 Pfund gegen die Obstmarke Nr. 3, die Frühäpfel zum Preise von 60 Pfg. pro Pfund zum Verkauf.
 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Handkäse.
 In den allgemeinen Lebensmittel-Verkaufsstellen von Nr. 291 bis 318, in den Filialen der Firmen **Wannsch & Co.** und **Emil Schneider**, sowie in der Drogerie **Karl Bloch** gelangt an die eingetragene Kundenschaft am **Samstag, den 26. Juli 1919 Handkäse** zum Verkauf.
 Es wird abgegeben:
 auf die Haushaltsmarke A Nr. 57 1 Stüd
 B „ 57 2 „
 Preis 48 Pfennig pro Stüd.
 Karlsruhe, den 24. Juli 1919.
 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Badischer Frauenverein. Dankfagung.
 Unser langjähriges Vorstandsmittglied, die Ehrenbotfängerin unserer Abteilung Mädchenfürsorge **Frau Julius Staber Witwe, geb. von Proben in Karlsruhe**, hat unserem Verein durch letztwillige Verfügung folgende Legate angewendet:
 für die Staberstiftung Abteilung 1 10000 Fr.
 für die Abteil. 1 für Schulgeldnachlässe 10000 Fr.
 für d. Ludwig-Wilhelm-Krankenheim 20000 Fr.
 für das Erholungsheim d. Schneiftern in Randern 5000 Fr.
 für den Elitabelnverein 20000 Fr.
 für den Sotienfrauenverein 5000 Fr.
 für d. Mädchenfürsorge in Karlsruhe: für die Staberstiftung 50000 Fr.
 für das Erholungsheim Margzell 30000 Fr.
 Zusammen 150000 Fr.
 Für diese reichen Gaben sprechen wir hiernit unsern aufrichtigsten und herzlichsten Dank aus. Unser Verein wird der großen Wohltäterin ein treues Andenken bewahren.
 Der Vorstand.

Die Maurer- u. Installationsarbeiten zur Herstellung der Entwässerungsanlagen der Gebäude auf dem westl. Teile des Perlendammes in Karlsruhe sind zu vergeben. Pläne, Bedarfsliste und Arbeitsbeschreibungen auf dem Zimmer 32 der Hochbau-Abteilung hier, 2. Stock, der neuen Eilthalle, dort Anzeigevordrucke zu ersehen. Verschlößene und versiegelte Angebote bis spätestens Montag, den 4. August 1919, vorm. 10 Uhr, an unterfertigte Stelle einzureichen. Anschließfrist 4 Wochen. Karlsruhe, 21. Juli 1919. Bauabteilung I Karlsruhe.

Zu vermieten. Laden
 In der Altstadt ohne Wohnung am 1. September oder später zu vermieten. Zu erfragen Luisenstr. 32. Oster.

Küden und Lokale
 Möbelfr. 81 sind zwei schöne beste Räume als Wohn- oder Büro der 1. Etage zu vermieten. Näheres dalesch.

Miel-Gesuche
 Frantuar sucht 1 bis 2 Zimmerwohnung auf sofort oder 1. Sept. in Karlsruhe od. Umgeb. Angebote mit Nr. 2882 ins Taablatbüro erbet.

Miet-Gesuche
 Junges Ehepaar mit 1 Kind sucht im Westen anständ. möblierte 2-3 Zimmerwohnung möbl. m. Elektr. u. Bad. Angebote mit Nr. 2885 ins Taablatbüro erbet.

Miet-Gesuche
 Junges Ehepaar ohne Kinder sucht sofort oder später in best. Gasse eine 2-3 Zimm. Wohnung mit Küche. Der Herr wäre gemitt. im demselb. Haus den Hausmeistersdienst zu übernehmen, auch die Frau würde in demselben Haus Arbeit übernehmen. Angeb. u. Nr. 2906 i. Taablatbüro.

Die wandernde Seele.

Roman von Werner Schöff.
 (Kadenz verboten.)
 „Der König hat hier seine kriegerischen Erfolge in Kuba und Syrien verherrlicht“, sagte Hans Hartmeyer eifrig, „er regierte zwar nur fünf- undzwanzig Jahre, nämlich von 1269 bis 1244 v. Chr., diese der Ewigkeit gegenüber kurze Zeit aber hat er ausgenutzt, um sich unsterblich zu machen.“
 Da nahm der Professor wahr, wie ein Lächeln über das Gesicht des kleinen Apothekers huschte. Dann zupfte Udo Ullsch an seiner Brille und sagte leichthin:
 „Nur gut, daß du es jetzt weißt.“
 So gering diese wenigen Worte auch waren, für den jungen Mann waren sie doch eine Gelehrerhand, die ihn von seinem Sessel emporheben ließ. In maßloser Ueberraschung starrte er auf den Verwachsenen, der gleich nach seinem Scheinbar unüberlegten Einwurf verlegen die Hände zu Boden geient hielt.
 „Udo Ullsch“ rief Hans Hartmeyer, „was hat das zu bedeuten? Woher weißt du von diesem kleinen Zwischenfall? Wer hat ihn dir berichtet? Kennst du vielleicht Doktor Wittner und hat er ihn dir geschildert?“
 „Nein, ich kenne den Doktor nicht“, erwiderte der Apotheker, „sehe dich. Du scheinst meine Worte ganz anders aufgefaßt zu haben.“
 Aber wenn sich Hans Hartmeyer nun auch langsam niederließ, wenn er auch keine weitere Frage an den Freund richtete, so stand es bei ihm doch fest, daß der Apotheker mit übernatürlichen Kräften begabt sein müsse. Denn blühschnell war durch den Zwischenruf des kleinen eine Szene vor seinem geistigen Auge aufgetaucht:

Wie er damals plötzlich stockte, weil ihm die Jahreszahl von Regierungsanfang Nemes des Dritten entfallen war. Wie er überlegte, um seinem Zuhörer auch mit diesem Wissen dienen zu können und wie plötzlich der Arzt lachend meinte: „Strenge Sie Ihr Gedächtnis nicht allzu stark an, Herr Professor. Zufällig kann ich Ihnen ausbelfen. 1269 v. Chr. hat der Erbauer dieses Tempels den Thron bestiegen. Ich habe nämlich während unserer Mittelmeerfahrt ein vortreffliches Buch über die Vergangenheit Ägyptens zur Hand genommen und mich darin etwas orientiert.“ Und seitdem war es zwischen Hans Hartmeyer und seinem lebenswichtigen Reisetameraden stets zu scherzhaftem Wettzreit gekommen, wenn der Professor zu einer Erklärung ansetzte. Denn auch Doktor Wittner war gut unterrichtet.
 Aber wieviel erriet Udo Ullsch dieses Geschehnis? War es denn möglich, daß er Ereignisse aus der Vergangenheit seiner Mitmenschen kannte?
 Dem Professor war ganz unheimlich zumute und langsam zögernd erzählte er weiter.
 Bis in seinem Rücken die Venedeluhr über dem Dwan die neunte Abendstunde meldete. Da erschien das doppelbärtige Antlitz Wasservogels in einem Spalt der Tür. Er meldete:
 „Ich sperre zu, Herr Apotheker. Soll ich den Schlüssel für den Herrn Doktor heden lassen?“
 „Nicht nötig... ich werde jetzt gehen“, rief der Professor und wandte sich der Mahnerin an der Wand zu, „wie habe ich mich nur verpölet!“
 Sie erhob sich. Der Professor schlüpfte in den Mantel. Als er den Hut ergriffen hatte, trat der Apotheker mit ihm in den Laden, der von einer düsteren Gasflamme wenig erhellt wurde. Vor dem Fenster hatte Wasservogel bereits die Rollbalken herabgelassen. Er stand abwartend am Ausgang.

Da der Professor zum Abschied die Hand des Jugendfreundes schüttelte, sprach er vom Wiederkommen.
 Der Apotheker sah erstent. „Gleich morgen erwarte ich dich zum Abendessen“, rief er.
 „Gut denn, ich werde kommen.“
 Schon wollte Hartmeyer aus dem Provisor vorüber ins Freie treten, als sich rasch das Folgende abspielte.
 „Aber Herr Ullsch“, rief Wasservogel, „morgen kann doch der Herr Doktor nicht kommen. Denken Sie an das, was Sie mir heute gesagt haben.“
 Der Professor wandte sich wieder zum Freunde zu und bildete ihn fragend an. Er sah, wie sich der Eulenmensch an die Stirn griff. Er schien fast zu erschrecken. Sein Lächeln war nur eine Maske, bestimmt, diese unliebsame Miene zu verdecken.
 „Nichtig“, stieß er hervor, „beinahe hätte ich daran vergessen. Weißt du, Hartmeyer, ich verreise morgen und bleibe drei Tage lang fern. Du kannst also erst am Montag wiederkommen. Doch dazu erwarte ich dich mit aller Bestimmtheit“, fuhr er plötzlich herzlich fort, während er mit einer gewissen Hast die Hand des Professors ergriff, „nicht wahr, du kommst?“
 „Gewiß werde ich erscheinen, wie du es wünschest. Aber wohin fährst du, Udo?“
 Jetzt huschte ein Lächeln der Verlegenheit über das Antlitz des kleinen Apothekers. Als wollte er Zeit zum Ueberlegen gewinnen, schob er die Brille hoch, um sie gleich wieder auf die Nase herabzuschleichen. Er hütelte.
 „Oh... ich mache eine kleine Vergnügungsreise“, meinte er. Gleich darauf setzte er hinzu: „Auf Wiedersehen am Montag, Hans!“
 Und fast schon er jetzt den Professor durch die Ladentür ins Freie. Hinter dem Scheidenden schloß sich die Tür ebenso rasch.

Schon stand Hans Hartmeyer im Flimmern der Sommernacht auf der Straße. Und es war ihm wie einem zumute, der soeben aus einem langen, sonderbaren Traum erwacht war.
 Während des kurzen Weges zur Haltestelle der Straßenbahn suchte er seine Gedanken zu ordnen. Er wollte die Figur des wiedergefundenen Jugendfreundes klar vor sein geistiges Auge treten lassen. Aber da kam ihm zu Bewußtsein, daß er eigentlich zwei Menschen in einem gesehen hatte. Den Freund mit dem gut-herzigen Bild und den vermachlenen Kobold mit dem Eulengesicht und den seltsamen Neben. Und die letzten Worte des Apothekers gaben ihm zu denken.
 Eine Vergnügungsreise? Wohin mochte sie wohl den geheimnisvollen Sonderling führen?
 II.
 Herr Schentener befand sich nach dem Scheiden des Professors in bester Stimmung. Erstens glaubte er, seine Sache gut gemacht zu haben, zweitens war er immer froh, wenn er wieder in sein angeborenes Wienerisch zurückkehren durfte und dann schikten nur noch wenige Minuten an sechs Uhr. Da warteten der pensionierte Oberpostoffizial Reidl und sein künftiger Teilhaber Zeinert im Stammtische auf ihn, den Dritten in der allabendlichen Tarockpartie.
 Ein Vermutstropfen in diesem Weher der Freude war für den Fabrikanten der Bedanke, daß er seinem Töchterchen von dem Besuch und dem Antrag des Professors Mitteilung machen müsse. Unterschlagen ließ sich derartige nicht. Morgen würde der Doktor nicht mehr kommen und dann mußte es ja zur Sprache gelangen. Außerdem war es immer besser, so etwas sofort zu erledigen und nicht auf die lange Bank zu schieben.
 (Fortsetzung folgt.)

